

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Der Zeitungsbildern und in allen Klößen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Abonnementspreis monatlich (frei Haus) 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.) durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zusendungsgeld) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21, / Geschäftsstelle u. Expedition: Albertbühnenstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto Dresden Nr. 18 690, Dresdener Verlagsgesellschaft / Geschäftsstelle: Dresden-21, Albertbühnenstr. 2 / Fernspr. Altd. Dresden Nr. 17 259 / Druckanstalt: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

4. Jahrgang Dresden, Freitag den 1. Juni 1928 Nummer 126

## Reichstanzler Hermann Müller? Regierungsumbildung auch in Sachsen?

„Die bürgerliche Seele der SPD zu stärken und nicht sie abzustößen, ist das Gebot der Stunde“  
Sensationelle Eingeständnisse der Deutschen Bergwerkszeitung

### Keine Weimarer Koalition Die deutsche Schwerindustrie braucht sozialdemokratische Minister

Berlin, 1. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)  
Nach Meldungen der Presse hat Vöbe den sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Hermann Müller als Kandidaten für die Umbildung der Regierung vorgeschlagen. Der Fraktionsleiter teilt mit, Vöbe habe sich gegenüber Hindenburg über die Frage der Großen Koalition oder Weimarer Koalition unter Zuziehung der Bayerischen Volkspartei und einiger Spitzparteiern nicht verbindlich geäußert. Nach einer Unterredung mit Hindenburg halte Vöbe eine solche mit Stresemann. Die heutige Vöbische Zeitung sagt über den Inhalt derselben:  
„Man geht wohl nicht fehl in der Vermutung, daß die SPD, die bei der Regierungsbildung die führende Rolle spielen wird, auf das Verbleiben Stresemanns als Außenminister im künftigen Kabinett großen Wert legt und daß dies auch in irgendeiner Form dem Außenminister bereits zur Kenntnis gebracht worden ist. Es liegt nahe, daß Stresemann auf eine solche Andeutung hin erklärt haben dürfte, er könne als Führer der Deutschen Volkspartei unmöglich in ein unparlamentarisches Kabinett als eine Art „Rohrminister“ eintreten, sondern nur dann, wenn eine Koalition der Regierungskoalition angehöre.“

Das ist eine deutliche Abgabe an die Weimarer Koalition und die Tatsache, daß Paul Vöbe nach seiner Unterredung mit Hindenburg bereits Besprechungen mit Stresemann gehalten hat, läßt klar erkennen, daß die SPD mit vollen Händen an Großen Koalition feuert. Sicher gibt es auch heute noch sozialdemokratische Arbeiter, die auf den Schwandel der SPD-Führer, die Große Koalition sei das „kleinere Übel“, hincinschlagen. Wie es aber in Wahrheit mit diesem „kleineren Übel“ steht, das verflünden die Blätter des Großen Nordens, die einheitlich für die Große Koalition Stellung nehmen. Da ist die Deutsche Bergwerkszeitung, das Organ der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, das über die Schwarmherbst Deutschlands, was schreibt sie über die Große Koalition?

„Wie aber wird die Wirtschaft, wie wird die Industrie unter einer Regierung fahren, in der die Linke das Übergewicht haben wird? Da muß man die Gegenfrage aufwerfen: Wie sind sie unter den bürgerlichen Regierungen gefahren? ... Die Industrie hat sich in all den Jahren gegen die Regierung durchgekämpft. Natürlich kann es ihr unter einer Vorkriegsregierung noch schlechter gehen, aber da sind einige sehr beachtenswerte Bemerkungen. Erstens stehen eine ganze Reihe von wahrscheinlichen Ministerkandidaten mitten im wirtschaftlichen Leben da. Es gibt unter ihnen Männer, die von der Rufe aufgedient haben und ganz klar einsehen, daß es dem Arbeiter nicht gut gehen kann, wenn kein Hermann Brügelbeißt. Sie haben die Vorkriegswirtschaft begreifen, daß man die Henne nicht schlachten darf, die die goldenen Eier legt. Hugo Stinnes hat die sehr großen Seemannsdampfer Karl Eggen genannt, weil er in ihm einen Mann gefunden hatte, mit dem sich über diese Fragen vernünftig sprechen ließ. Solche Männer gibt es auch heute in großer Anzahl. ... Eine ganze Reihe aus der deutschen Sozialdemokratie, die meisten, die nach der Revolution ein Nientdün oder ein Amt erhalten haben, haben sich schnell in die bürgerlichen Gewohnheiten verliert, einige sogar sehr vertieft.“

Die sozialdemokratischen Führer werden sich durch diese Verurteilung des großkapitalistischen Schwarmherbstes sehr unwohl fühlen. Eine zweite Frage ist es, wie die SPD-Arbeiter darüber denken.  
Genau wie die Deutsche Bergwerkszeitung, das Organ der Schwerindustrie, nimmt auch ein anderes führendes großkapitalistisches Organ, das mehr die verarbeitende Industrie repräsentiert, die Kölnische Zeitung, Stellung. Sie schreibt:

„Man mag das Wahlergebnis betrachten, wie man will: in keinem Fall wird ein Sieg des „Marxismus“ daraus. Wäre es anders, dann müßte der Wahlerfolg der Kommunisten sehr viel größer sein, als er tatsächlich ist. Es geht nicht an, die Sozialdemokratische Partei ohne weiteres in den marxistischen Topf zu werfen. Wer das tut, übersteht ganz, daß in der Sozialdemokratie zwei Seelen um die Vorherrschaft ringen: eine marxistische und eine bürgerliche, und daß in ihr bisher,

Wenn die Partei an verantwortlicher Stelle stand, nach radikalen Ansätzen weiß die bürgerliche Seele das Hebräerwort zu riechen. ... Die bürgerliche Seele der Sozialdemokratie zu stärken und nicht sie abzustößen, ist das Gebot der Stunde. Wir werden darum auch gut tun, die parteipolitische Terminologie der Vorkriegszeit aufzugeben und die Gruppierung der Parteien nach anderen Grundrissen vorzunehmen. Der sozialdemokratische Sinnzweck, sogar die sozialdemokratische Parteigehörigkeit ist längst nicht mehr in jedem Fall ein Beweis marxistischer, „antibürgerlicher“ Gesinnung.“

Auch diese Stellungnahme aus dem Munde eines kapitalistischen Organes ist weitgehend genug. Es geht der Großbourgeoisie um die „bürgerliche Seele“ der Sozialdemokratie. Daran spekuliert die Bourgeoisie. Auf diese bürgerliche Einstellung der SPD-Führer haften sie ihre Erwartungen hinsichtlich der kommenden Großen Koalition als der Seiten Fortsetzung des Bürgerkrieges auf.

Für jeden sozialdemokratischen Arbeiter muß die Stellungnahme der Bourgeoisie den besten Anknüpfungspunkt dar-

über abgeben, was seine Führer planen. Wer denkt dabei nicht an August Bebel's Wort, daß ein Vob aus bürgerlichem Munde ihm stets der Beweis gewesen sei, eine Dummheit vom proletarischen Standpunkt aus heraus zu haben. Die SPD-Führer können solche Skrupel nicht. Sie treiben bemut und planvoll eine bürgerliche Politik, die den Beifall der Bourgeoisie findet, und bemühen sich, die Arbeiter für die Politik einzulangen.

Die Politik, die die Führer der deutschen Sozialdemokratie betreiben wollen, indem sie die Große Koalition schließen, ist die Politik der Bourgeoisie, die Politik des kapitalistischen Klasseninteresses! Die Politik, die sich gegen dieses kapitalistische Interesse wendet, und die deshalb von der Bourgeoisie, vom Großkapital und seinen Organen gehat und befehlet wird, ist die Politik der Kommunisten! Das ist die einfache und deutliche Sprache der Tatsachen.

Vor dem Arbeiter steht die Entscheidung: Soll er sich hergeben zum Handlanger einer Politik, die seinen Klassenfeinden gefällig ist und nicht und deshalb in jeder Hinsicht ihm und seiner Klasse Schaden bringen muß? Oder soll er nicht den Weg gehen, den die Kommunisten ihm zeigen: den Weg des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie, gegen die kapitalistische Gesellschaft, gegen die Interessen der Großkapitals, den Weg, an dessen Ziel die proletarische Revolution, die Eroberung der politischen Macht steht?!

### Ein Zutritt für Helldt

Die kommunistische Landtagsfraktion hat bekanntlich sofort nach den Wahlen am 20. Mai im sächsischen Landtag einen Mißtrauensantrag gegen die Helldtregierung eingebracht. Das Ergebnis der Wahlen in Sachsen, der völlige Zusammenbruch der altsozialdemokratischen Renegatenpartei hat gezeigt, daß die Bürgerblockfraktion der Helldtregierung überhaupt keine parlamentarische Mehrheit hinter sich hat. Herr Bethke und seine Mannen wissen sehr genau, daß ihnen bei Landtagsneuwahlen das parlamentarische Lebenslicht ein für allemal ausgeblasen wird. Nicht eine dieser traurigen Gestalten würde zurückkehren. Die KPD und mit ihr die Blockfraktion der Helldtregierung schwört das Neue-

tel der 20. Mai, sie fürchten Neuwahlen wie der Teufel das Weihwasser. Es braucht deshalb gar nicht verwunderlich zu erscheinen, wenn die bürgerliche Presse Sachsens heute übereinstimmend die Ablehnung des kommunistischen Mißtrauensantrages voraussetzt. Die Wähler der Helldtregierung denken selbstverständlich gar nicht daran, die politischen Konsequenzen des 20. Mai zu ziehen und das von ihnen immer so betonte Prinzip der bürgerlichen Demokratie in Anwendung zu bringen, denn die unvermeidliche Folge wäre: Rücktritt der Helldtregierung und Neuwahlen des Landtages. Das letztere aber wollten sie auf jeden Fall vermeiden.

Der vollkommene Zusammenbruch der MSP hat die erbärmliche Rolle der Hausnechte des sächsischen Bürgerblocks noch mehr verschlechtert. Die bürgerliche Presse verlangt in immer kräftigeren Tönen gebieterisch eine andere Zusammensetzung des Helldtkabinetts, in dem die MSP jetzt mit zwei Ministern vertreten ist. Den Steigbügelhalter der Reaktion in Sachsen soll der Zubastoff gefützt werden. Die bürgerlichen Parteien wollen keinen so hohen Preis mehr zahlen. So willfährig und gefügig sich die MSP auch den Wünschen ihrer bürgerlichen Blockbrüder gegenüber erwiesen hat, — die sächsischen Reaktionäre verlangen eine weitere Steigerung ihres Einflusses auf den Regierungsapparat.

Gestern nehmen nun auch die „demokratischen“ Dresdner Neuesten Nachrichten in einem Leitartikel Theodor Schulz zu der Frage der sächsischen Regierungsumbildung Stellung. Der Aufsatz erscheint deshalb als beachtenswert, weil er erkennen läßt, daß nun auch seitens der Demokraten die Forderung auf eine anderweitige Zusammensetzung der Helldtregierung mit immer größerem Nachdruck erhoben werden dürfte. Herr Schulz erklärt zunächst, daß die „gegebene“ Regierungsform für Sachsen die „Große Koalition“ sei, zumal ja auch im Reiche mit einer solchen Regierung gerechnet werden müßte. Eine große Koalition in Sachsen würde dann mit einer gleichartigen Regierung im Reiche viel homogener zusammenarbeiten als das bei der jetzigen Regierung, die keinen Idealzustand darstelle, der Fall sei.

Das ist ein deutlicher Bink für die SPD, die damit in aller Form zur Großen Koalition in Sachsen eingeladen wird. Es ist ganz selbstverständlich, daß sich der Parteivorstand der SPD mit allen Kräften für die Durchführung der Koalitionspolitik auch in Sachsen einsetzen wird. Die sächsischen Linken werden damit erneut praktisch vor die Frage der Koalitionspolitik gestellt. Herr Schulz, der gestern die sächsischen SPD-Führer zur Großen Koalition einlädt, erklärt, daß die sächsische Sozialdemokratie selbstverständlich darauf verzichten müßte, die Allein herrschaft ihrer Partei im Lande haben zu wollen. Solange sie die

### Die Seibie-Garden unter Orzeffinstis Schutz

Hamburg, 1. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Preszenkoalition hat ebenso wie der Koalitionsoberst in Hamburg die für heute abend in Altona geplante Arbeiterdemonstration verboten und es dadurch der Arbeiterkraft unmöglich gemacht, in der Öffentlichkeit gegen den Aufmarsch des Stahlhelms zu demonstrieren. Eine nähere Begründung von dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten in Altona wurde noch nicht gegeben.

Die Meldung des Berliner Mißer-Abendblattes über die Verhinderung des Stahlhelmaufmarsches von Sonntag den 3. auf Montag den 4. Juni entspricht den Tatsachen nicht. Die Hamburger Polizei ist entschlossen, mit allen Mitteln den Stahlhelmaufmarsch vor Gegenkundgebungen der Arbeiterkraft zu schützen.

Gestern abend sind die Stahlhelmhauptlinge Seibie und Dürstberg in Hamburg eingetroffen. Der Empfang auf dem Bahnhof gab einen Vorgeschmack von dem, was in den nächsten Tagen von dem Stahlhelm und dem Koalitionsoberst zu erwarten ist. Zum Empfang war eine Ehrenkompanie mit einer bayrischen Musikkapelle aufmarschiert, die beim Marsch durch die Straßen in unerschämter Weise provozierte.

Der Polizeichef Schönfelder hatte zum Schutze der Faschisten eine Hundertschaft Sipo am Bahnhof aufgestellt. Der Zug durch die Straßen wurde mit einem großen Aufgebot Sipo zu Fuß und zu Pferd flankiert.

Die Erregung weitester Kreise der Bevölkerung über den Stahlhelm kommt erst drallisch zum Ausdruck. So haben Unbekannte am Bismarck- u. Pflöckenmal, auf Bürgersteigen u. an Häuserfronten mit roter Farbe geschrieben: „Dem Stahlhelm Tod!“ Weiter das auch von der Preszenkoalition verhängte Verbot herzu eine große Erbitterung bei der Hamburger und Altonaer Arbeiterkraft.

richt

nt  
richt

er- und  
Einlagen

ng der Vorräte  
ter Zeit Rieser  
erordentlich  
Vom Pantoffel  
arbigen Luxus  
denkbar med-  
Eingang neuer  
Sie bitte unsere

er, Dresden  
am Wettiner-  
13 Schaukästen  
r Str. 3b, am  
rn  
Ecke Schösser-  
aufentern

ung!!

60 Mark

ter, führen wir  
schaft vor Hals-  
n wollen. Auch  
er waggonwebe  
hren ein reich-  
sten, solidesten  
tell mit 3 Jahre  
reize

10%, Rabatt

sch auf

ritzstr. 17  
abshol

nd franko

ungen

mannten Ent-  
elbe im Hiesi-  
um Zweipfen-  
Dauer bietet

28.

en geschlossen;  
wältungse-  
amt, Bahnam  
samt und die

wältungse-  
erei und das

uni 1928: das

einigungstags-  
enheiten erle-

28.

ht normittags  
dbteil Deuben

ime am Man-  
r Sozialand-  
E. Ridel